

**Von der Zweiten Säule zum zweiten Standbein?
Die neue Förderung des ländlichen Raumes
Loccumer Landwirtschaftstagung 2007**

**Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 2. bis 4. Februar 2007
Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz**

**Von der Zweiten Säule zum zweiten Standbein:
Was ist zu tun?**

**Cornelia Behm, MdB,
Agrarpolitische Sprecherin, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin**

Cornelia Behm

Von der Zweiten Säule zum zweiten Standbein: Was ist zu tun?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben in den beiden vergangenen Tagen sehr viel Konkretes besprochen. Sie haben etliches auf den Punkt gebracht. Aber in manchen Fragen konnten Sie sich nicht einigen, wie ich miterleben konnte.

Obwohl Ihre Diskussion schon sehr ins Detail gegangen ist, möchte ich Sie bitten, noch einmal zur Überschrift zurückzugehen und gemeinsam mit mir die allgemeinen Aspekte des Themas „Die neue Förderung des ländlichen Raums“ betrachten. Denn als Bundespolitikerin kann ich nicht nur auf Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen schauen, sondern ich sollte das ganze Land in den Blick nehmen.

Am Anfang stellt sich zuerst die Frage: Was ist eigentlich ländlicher Raum? Eine verbindliche Definition gibt es in Deutschland dafür nicht. Jeder versteht ein bisschen etwas anderes darunter. Für uns Grüne gehört nicht nur das klassische Dorf mit seiner ortstypischen Umgebung zum ländlichen Raum. Ländliche Räume sind vielmehr ländliche geprägte Regionen wie Uckermark, Eifel, Schwäbische Alb oder Lüneburger Heide, die auch Kleinstädte wie Prenzlau, Bitburg oder Soltau mit einschließen, wenn diese durch ihr ländliches Umfeld wirtschaftlich und kulturell geprägt werden.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gibt an, dass in Deutschland zwei Drittel der Bevölkerung im ländlichen Raum leben, dass der ländliche Raum 23 Millionen Arbeitsplätze hat und dass 57 Prozent der Wertschöpfung im ländlichen Raum erbracht werden. Wenn Sie aus der Landwirtschaft kommen, werden Sie wissen, wie wenig davon leider nur noch auf die Landwirtschaft direkt entfällt. Auch wenn die Landwirtschaft den ländlichen Raum nach wie vor prägt.

Charakteristisch ist für den ländlichen Raum seine große Heterogenität. Die Region um Stuttgart hat beispielsweise ganz andere und sehr viel weniger Probleme als die ländlichen Räume in meiner Heimat Brandenburg. Aber selbst in Brandenburg gibt es ganz unterschiedlich geprägte und strukturierte Regionen. Das Berliner Umland wird beispielsweise gerne als Speckgürtel bezeichnet. Aber um Berlin herum gibt es eigentlich keinen Speckgürtel, sondern nur Speckwürfel. Da gibt es sowohl prosperierende Gemeinden, als auch Orte, die nicht von ihrer Berlinnähe profitieren und ausgesprochen ländlich sind.

Politik hat deshalb den Verfassungsauftrag und die Aufgabe, die besonders großen Disparitäten zu beseitigen bzw. sie auszugleichen; und das nicht nur in Deutschland, sondern Eu-weit. Die EU hat das erkannt und engagiert sich seit vielen Jahren für bessere Entwicklungschancen auf dem Lande. Was sind die zukunftsfähigen Bereiche im ländlichen Raum? Dazu ist hier bereits viel diskutiert worden. Was mir dabei bisher gefehlt hat, ist die Frage, welche Rolle eigentlich das „Pfund“ Natur spielt, das wir im ländlichen Raum haben. Die Natur spielt gerade in den Ländern, Regionen und Landstrichen eine Rolle, wo die Landwirtschaft selber nicht so prosperiert bzw. wenig zur Wertschöpfung beiträgt. Wichtig ist sie beispielsweise für den Gesundheitstourismus, für die „Wellness“-Branche, wie man heute so schön sagt. Aber auch in der Landwirtschaft selbst – Stichwort Bioboom – spielt das „Pfund“ Natur eine immer größere Rolle. Dabei geht es nicht darum, dem Ökolandbau ein paar mehr Prozente zu verschaffen. Ich bin für eine Ökologisierung der Landwirtschaft insgesamt und eine Schließung der kleinen Kreisläufe: weniger chemische Düngemittel und weniger Pflanzenschutzmittel. Stattdessen brauchen wir eine Rückbesinnung auf landbauliche Methoden, die Pflanzenschädlinge zurückdrängen, bzw. innovativer an diese Problematik herangehen.

Aber auch die erneuerbaren Energien bringen Wertschöpfung aufs Land. In der Uckermark beispielsweise, der größte Landkreis, den wir haben, der aber gleichzeitig auch am dünnsten besiedelt ist, wird allein mit Windkraftanlagen mehr erneuerbare Energie erzeugt, als in der Region verbraucht werden kann. Das ist wunderbar. Alleine für den Klimaschutz brauchen wir so viel erneuerbare Energien wie möglich. Aber natürlich müssen wir eine Lösung für das Problem der diskontinuierlich anfallenden Energie bei der Windkraft finden. Als Ausgleich ist zum Beispiel die Bioenergie ganz hervorragend geeignet, weil sie grundlastfähig ist. Und wir bringen mit der Bioenergie über den Anbau, die Verarbeitung und die Vermarktung nachwachsender Rohstoffe zusätzlich Wertschöpfung aufs Land.

Als nächstes komme ich zur gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Die so genannte erste Säule der EU-Agrarpolitik, die die Direktzahlungen an die Landwirte umfasst, ist schon seit Jahren in der WTO unter Beschuss geraten. Sie verzerrt den Welthandel. Auch innerhalb Europas ist die erste Säule umstritten und findet immer weniger gesellschaftliche Akzeptanz. Sie ist zu teuer und im Hinblick auf die landwirtschaftliche Entwicklung nicht effizient.

Der ehemalige EU-Landwirtschaftskommissar Fischler hatte deshalb seinerzeit schon darauf hingewiesen, dass die zweite Säule, die auf die Entwicklung der ländlichen Räume zielt, auch die Zukunft der Landwirtschaft ist und versprochen, die zweite Säule im Zeitraum 2007-2013 finanziell zu stärken. Auch seine Nachfolgerin Frau Fischer-Boel hat sich dem angeschlossen. Darauf vertrauend haben Betriebe investiert und auf die zweite Säule gesetzt. Doch bei den Neuverhandlungen der EU-Finanzmittel für den Zeitraum 2007 bis 2013 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Kompromiss ausgehandelt, der die erste Säule stabilisierte und zu drastischen Kürzungen bei der zweiten Säule führte. In Deutschland haben wir ab 2007 alleine 300 Millionen Euro an EU-Mitteln pro Jahr weniger für die zweite Säule. In der Folge wurden die Maßnahmen und Fördersätze in der zweiten Säule zusammengestrichen. Im Durchschnitt um 30 Prozent. Dabei unterscheiden sich die einzelnen Bundesländer erheblich. Niedersachsen hat beispielsweise keine Einbußen hinnehmen müssen, sondern hat sogar etwas mehr Geld zur Verfügung. Aber in den Südländern wie Bayern und Baden-Württemberg fehlen den Landwirten durch die Kürzungen bis zu 40 Prozent ihres Einkommens.

Was muss man aus Sicht der Politik an der zweiten Säule verändern? Zuerst muss die naturnahe und damit zukunftsfähige Landwirtschaft, die auf ökologischen Anbau, regionale Qualitätsprodukte und Diversifizierung setzt, gestützt werden. Wir brauchen dazu eine vernünftige Finanzausstattung. Das heißt, wir müssen im Bund erreichen, dass die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) nicht noch zusätzlich zusammengestrichen wird, wie jüngst im Bundeshaushalt 2006. Sondern wir müssen uns bemühen, dass die GAK so ausgestattet ist, dass sie die fehlenden EU-Mittel kompensiert. Auch in den Ländern müssen wir verhindern, dass diese ihre Mittel parallel zu den EU-Geldern zurückfahren. Auch sie sollten versuchen, die entstandenen Lücken auszugleichen.

Und natürlich brauchen wir, so wie es in den Berichten hier bereits angesprochen wurde, Planungssicherheit für die Landwirte der zweiten Säule. Es ist in keiner Weise gerechtfertigt, ständig für die erste Säule Planungssicherheit zu reklamieren und gleichzeitig den Landwirten, die diversifiziert und auf Agrarumweltmaßnahmen gesetzt und sich damit quasi von der zweiten Säule abhängig gemacht haben, Einnahmenverluste bis zu 40 Prozent zuzumuten. Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu verstehen, dass die Bundesländer eine zusätzliche Modulation der EU-Mittel von der ersten in die zweite Säule kategorisch ablehnen und somit einen Ausgleich zwischen den Säulen verhindern.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf die Mittelverteilung in der ersten Säule. Auf nur 1,4 Prozent der Betriebe in Deutschland entfallen jeweils mehr als 100.000 Euro im Jahr. Insgesamt

bekommen diese 31,7 Prozent der Zahlungen aus Brüssel. Weitere 34 Prozent der Zahlungen müssen sich 86 Prozent der Betriebe teilen, die nur bis zu 20.000 Euro pro Jahr erhalten.

Bei der zweiten Säule kommen die Mittel eher kleineren Betrieben zugute. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle auf das Modulationsmodell von Lutz Ribbe von Euronatur beziehen. Nach diesem würde eine Modulation erst bei Betrieben, die mehr als 20.000 Euro bekommen, einsetzen. Für alle Betriebe in Deutschland, die bis zu 20.000 Euro im Jahr erhalten, das sind 86 Prozent aller Betriebe, würde sich nichts ändern. Betriebe, die zwischen 20.000 und 100.000 Euro kriegen, müssen 7 Prozent modulieren und bei denen, wo es mehr als 100.000 Euro sind, wären es 14 Prozent. So könnte man hervorragend beide Säulen gleichermaßen ausstatten. Vor allem für die kleineren Betriebe würde mehr Gerechtigkeit geschaffen werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ein paar Bemerkungen zur EU-Verordnung zur Entwicklung der ländlichen Räume (ELER), nach der die Mittel der zweiten Säule verteilt werden, machen. Ich finde, dass ELER wirklich ein weit reichendes und sinnvolles Programm zur Förderung des ländlichen Raumes ist, insbesondere weil es sektorübergreifend angelegt ist. Wenn man sich aber die GAK ansieht, wie sie jetzt zugeschnitten ist, dann deckt sie bei weitem nicht alle Maßnahmen ab, die mit ELER möglich wären. Wir bereiten deshalb einen Antrag im Bundestag vor, mit dem wir die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zu einer Gemeinschaftsaufgabe für den ländlichen Raum umbauen wollen. Ich will Ihnen jetzt nicht die einzelnen Maßnahmen alle nennen. Aber ich glaube, wir müssen weg von der Agrarzentriertheit und dem Bund mehr Mitspracherechte bei der Maßnahmenausgestaltung der GAK geben. Schließlich gibt der Bund auch die Gelder. Bisher entscheiden letzten Endes die Länder, was grundsätzlich förderfähig ist und was nicht. Ich meine, dass der Bund mit der Mittelvergabe auch eine gewisse Steuerungswirkung bei der Förderung haben sollte.

Eine grundsätzliche Bedingung für die zukünftige Fördermittelvergabe muss sein, dass eine Region definiert wird. Wobei jede Region von den Akteuren in dem Gebiet selbst definiert werden muss. Ihr Zuschnitt darf auf keinen Fall von oben aufoktroiert werden. Die Region muss sich dann ein regionales Entwicklungskonzept erarbeiten und an dem entlang entsprechende Fördermaßnahmen modellieren. Ohne Netzwerkbildung und Regionalmanagement sollte es also keine Fördermittel mehr geben. Außerdem müssen wir die Finanz- und Entscheidungsverantwortung den Akteuren vor Ort geben. Weil die Leute vor Ort am besten wissen, was für sie gut ist. Vorausgesetzt, sie haben sich erst an einen Tisch gesetzt und sich auf ein regionales Entwicklungskonzept und auf prioritäre und nachgeordnete Maßnahmen verständigt.

Renate Künast hat in ihrer Zeit als Ministerin das Modell- und Demonstrationsvorhaben „RegionAktiv - Land gestaltet Zukunft“ ins Leben gerufen. 18, leider nur 18 Modellregionen sind in den Genuss der Projektmittel gekommen. Dort waren damals schon die von mir genannten Förderbedingungen festgeschrieben. RegionAktiv war ein voller Erfolg. Nicht umsonst hat Minister Seehofer das Programm weitergeführt. Und ich glaube, dass man sich an den Ergebnissen für eine zukünftige Förderung orientieren kann und muss.

Ich möchte ganz kurz noch auf ein paar Punkte kommen, die in den Berichten hier angesprochen worden sind. Stichwort: Wallhecken/ Wallheckenpflege. Ich habe vor einiger Zeit eine Radtour durch Ihr schönes Land gemacht. Und ich habe gesehen, dass in Wander- und Radtourführern Wallheckentouren ausgewiesen sind, diese also touristisch vermarktet werden. Das ist wunderbar, aber es reicht nicht. Dabei kann man nicht stehen bleiben. Auf einer Konferenz habe ich vor kurzem die Vorstellung von Agroforstsystemen entwickelt, die man übrigens jetzt über ELER fördern kann – wenn auch leider bisher nicht in Deutschland. Hinterher sprach mich ein Forstwirt aus Schleswig-Holstein an und sagte: „Frau Behm, das ist naiv. Wir haben eigentlich doch das, was Sie wollen, alles

schon hier. Der springende Punkt ist aber, dass es nicht genutzt wird. Das Landschaftspflegeholz aus den Wallhecken wird einmal pro Jahr auf einen großen Haufen geschmissen und angezündet.“ Und ich sage Ihnen, obwohl ich selber das Osterfeuer liebe, so viele Osterfeuer muss man nicht machen. Da wird wertvolle Energie einfach verpulvert. Stattdessen muss man den belegenden Landwirten im Umfeld der Hecken Förderanreize geben, das Landschaftspflegeholz aufzuarbeiten und als Energieholz zu vermarkten.

Ein weiterer Punkt ist das Biosiegel bzw. der Ökolandbau an sich. Es ist falsch, wenn man sich auf dem Bioboom und dem bestehenden Biosiegel ausruht, das die Importe aus Europa und anderen Erdteilen ermöglicht. Wir machen einen großen Fehler, wenn wir die Produktion von Bioprodukten ins Ausland abwandern lassen. Selbst China hat diesen Markt in Europa für sich entdeckt und stellt auf Bio um. Spätestens jetzt müssen wir deshalb alles tun, um unsere Landwirte in die Lage zu versetzen, die gestiegene Nachfrage auch zu bedienen - nicht nur in den Naturkostläden, sondern auch in den Supermärkten. Und da lohnt es sich wirklich, in die Umstellungsförderung und in die Beibehaltungsförderung beim Ökolandbau zu investieren; aber natürlich auch in die Forschung in diesem Bereich.

Im Ökolandbau gibt es inzwischen eine ganze Menge innovativer Ansätze. Mit neuen landbaulichen Methoden beispielsweise kann die Flächeneffizienz mit dem konventionellen Landbau schon mithalten und trotzdem kann auf chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel verzichtet werden. Allerdings muss auch hier die Entwicklung weitergehen. Wir brauchen mehr Forschung und mehr Werbung in diesem Bereich.

Noch ein Wort zum Biosiegel. Es war angeregt worden, ein Herkunftszeichen mit dem Biosiegel zu verbinden. Ich halte das durchaus für sinnvoll. Dann sollte man aber nicht sagen, Bio aus Niedersachsen und Bio aus Hessen. Das ist zu allgemein. Das sagt mir gar nichts. Sondern ich muss das Biosiegel mit der Region verknüpfen aus der es kommt. Damit den Leuten bewusst wird, wenn ich das Produkt, das Qualitätsprodukt aus der Region kaufe, dann finanziere ich damit den Arbeitsplatz von meinem Neffen und den Ausbildungsplatz meiner Enkelin. Ich glaube, dass man auf diese Weise regionales Denken durchaus stärker in die Köpfe bringen kann.

Und noch ein Wort zur Umstellung auf Bioprodukte. Es gibt Ansätze in anderen Ländern, dass man auch die Umstellungsprodukte als solche zu einem höheren Preis vermarkten kann. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir den Landwirten, die ihre Produkte noch nicht als Bio vermarkten dürfen, die Umstellung erleichtern, wenn sie mit den umweltschonend erzeugten Produkten einen etwas höheren Gewinn erzielen können.

03/07: Von der Zweiten Säule zum zweiten Standbein?

Die neue Förderung des ländlichen Raumes

Loccumer Landwirtschaftstagung 2007

2. bis 4. Februar 2007

Zum Thema

Der landwirtschaftliche Strukturwandel und die demographischen Veränderungen stellen die ländlichen Räume vor neue Herausforderungen. Wie können sie auch zukünftig als Lebensraum und Wirtschaftsstandort attraktiv bleiben?

Nach der Reform der ersten Säule der Agrarpolitik, die die Marktorientierung der landwirtschaftlichen Erzeugung stärken sollte, steht nun die „Zweite Säule“ – die Förderung des ländlichen Raumes – vor der Reform: In Kürze beginnt die neue Förderperiode 2007 bis 2013. In den nächsten Monaten erfolgen wichtige Weichenstellungen über die Vergabe von Fördermitteln. Was ist zu tun, damit sich die „Zweite Säule“ tatsächlich zu einem zweiten „Standbein“ für die Menschen im ländlichen Raum entwickelt?

Auf der Tagung werden die neuen Förderinstrumente und Beispiele ihrer Nutzung vorgestellt und diskutiert. Es wird aber auch über die Frage gestritten, wohin sich die Förderpolitik mittelfristig bewegen soll: Soll primär gefördert werden, was Wachstum und mehr Arbeitsplätze verspricht, oder sollen die benachteiligten Regionen unterstützt werden? Wie sollen zukünftig die Mittel zwischen erster und zweiter Säule verteilt werden? Soll sich die EU überhaupt in Programme auf lokaler Ebene einmischen, oder soll die Subsidiarität gestärkt werden? Wie können die vielen verschiedenen Akteure so zusammen gebracht werden, dass eine einheitliche und effektive Förderung des ländlichen Raumes möglich wird?

Dr. Joachim **Lange**, Evangelische Akademie Loccum, Tagungsleiter

Das Programm

Freitag, 2. Februar 2007

Begrüßung und Eröffnung

Dr. Joachim **Lange**, Evangelische Akademie Loccum

Die Herausforderungen an die ländlichen Räume

Prof. Dr. Ulrich **Jung**, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung NIW, Hannover

Was hat die Förderung des ländlichen Raumes gebracht? Lehren für die Zukunft

Regina **Grajewski**, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft FAL, Braunschweig

Zwischen „Lissabon“ und territorialer Kohäsion

Die schwierige Suche nach einer angemessenen Entwicklungsstrategie

Prof. Dr. Jürgen **Aring**, Universität Kassel

Udo **Hemmerling**, Deutscher Bauernverband, Berlin

Förderpolitik in der Verflechtungsfalle?

Prof. Dr. Siegfried **Bauer**, Universität Gießen

Wolfgang **Reimer**, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

Worauf zielt die Förderpolitik der Europäischen Kommission?

Markus **Hopfner**, Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel

Die eierlegende Wollmilchsau?

Welche Förderpolitik brauchen wir?

Podiumsdiskussion mit den Referierenden des Tages

Samstag, 3. Februar 2007

Welche Förderpolitik bekommen wir?

Das Beispiel Niedersachsen

Michael **Kix**, Nds. Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hannover

Das Beispiel NRW

Dr. Ludger **Schulze Pals**, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW, Düsseldorf

Kommentare:

Hans-Jürgen **Klein**, Mitglied des Niedersächsischen Landtags, Steinau/Hannover

Wilfried **Steffens**, Landvolk Niedersachsen, Hannover

Bereiche und Instrumente der Förderung:

Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft

Dr. Frank **Bröckling**, planinvent, Münster

Die Ausgestaltung von Agrarumweltmaßnahmen: „Ausgleichszahlung“ oder „Honorierung von Leistungen“?

Bernhard **Osterburg**, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft FAL, Braunschweig

Regionalmanagement

Prof. Dr. Peter **Dehne**, Hochschule Neubrandenburg

Förderung des ökologischen Landbaus

Jobst-Hendrik **Held**, Universität Göttingen

Arbeitsgruppen

AG 1: Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft

Dr. Frank **Bröckling**, planinvent, Münster

Klaus-Dieter **Karweik**, GLL Verden, Amt für Landentwicklung

Dr. Wilfried **Steffens**, Landvolk, Hannover

Moderation: Prof. Dr. Ingo **Mose**, Universität Oldenburg

AG 2: Agrarumweltmaßnahmen

Dr. Eckhard **Asche**, Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Oldenburg

Bernhard **Osterburg**, FAL Braunschweig

Martin **Schulz**, Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft ABL, Quickborn

Gisela **Wicke**, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, NLWKN, Hannover

Moderation: Stephan **Wichert-von Holten**, Kirchlicher Dienst auf dem Lande, Hannover

AG 3: Regionalmanagement

Prof. Dr. Peter **Dehne**, Neubrandenburg

Dr. Cord **Petermann**, Dienstleistungsagentur für Regionalvermarktung, Ländliche
Erwachsenenbildung in Niedersachsen, Sulingen

Karolin **Thieleking**, KoRiS Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung, Hannover

Moderation: Dr.-Ing. Evelyn **Gustedt**, BUND Bund für Umwelt- und Naturschutz Niedersachsen,
Hannover

AG 4: Förderung des ökologischen Landbaus

Jobst-Hendrik **Held**, Universität Göttingen

Harald **Gabriel**, BIOLAND Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V., Visselhövede

Dr. Ludger **Schulze Pals**, MUNLV, Düsseldorf

Moderation: Franz **Jansen-Minßen**, Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Oldenburg

Sonntag, 4. Februar 2007

Von der Zweiten Säule zum zweiten Standbein: Was ist zu tun?

Abschlussdiskussion:

Minister Hans-Heinrich **Ehlen**, Niedersächsischer Minister für den ländlichen Raum, Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hannover

Cornelia **Behm**, MdB, Agrarpolitische Sprecherin, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

und die Berichterstatter der Arbeitsgruppen:

Dr.-Ing. Evelyn **Gustedt**, BUND, Hannover

Franz **Jansen-Minßen**, LWK, Oldenburg

Prof. Dr. Ingo **Mose**, Universität Oldenburg

Stephan **Wichert-von Holten**, KDL, Hannover